

## Arbeitstreffen von Aktiven in deutsch-belarussischen Städte- und Projektpartnerschaften

Am 6. Dezember 2013 fand in der Botschaft der Republik Belarus ein Arbeitstreffen von Aktiven in den deutsch-belarussischen Städte- und Projektpartnerschaften statt. Das Treffen sollte nicht nur dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern auch Impulse für die weitere Vorbereitung der nun vom 3. bis 5. April 2014 in Frankfurt/Oder geplanten 9. Deutsch-Belarussischen Städtepartnerschaftskonferenz geben, die nicht nur einmal verschoben worden war. Zu dem Treffen hatte die Botschaft gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher West-

sterschaft, die im Mai 2014 in der belarussischen Hauptstadt Minsk ausgetragen wird. Städtepartnerschaften wie auch Städtepartnerschaftsvereine und Freundschaftsgesellschaften, so der Botschafter, sind fester Bestandteil der bilateralen Beziehungen, und ihre Bedeutung ist nicht zu unterschätzen. In Zeiten, da politische Dialogformen versagen und die offiziellen Beziehungen ins Stocken geraten, wie es in den Belarus-EU- und den Belarus-Deutschland-Beziehungen heute leider zu beklagen sei, seien sie nicht nur wichtige Netzwerke, sondern auch Vorbereiter für die Neuaufnahme und die Weiterführung von vielfältigen Kontakten, die den Menschen selbst, dem Abbau von Vorurteilen



Ost-Gesellschaften (BDWO) eingeladen. Es gibt derzeit neunzehn deutsche Städte die offizielle Partnerschaften mit sechzehn belarussischen Städten pflegen. Es war nicht nur ein Treffen des weiteren Kennenlernens und der Vernetzung, woran es fraglos einen Bedarf gibt, sondern auch der Themen- und Ideengenerierung. Das Interesse und der Bedarf an gegenseitigem Austausch sind groß, wie die Zahl der Teilnehmenden, die bei stürmisch-unwirtlichem Wetter ihren Weg in die Botschaft fanden, zeigte.

Das Jahr 2014 markiert für Belarus zwei wichtige Ereignisse, darauf verwies Botschafter Andrei Giro in seiner Begrüßung, denn 2014 jährt sich die Befreiung Belarus von der nationalsozialistischen Besatzung zum 70. Mal, und es ist das Jahr der Eishockeyweltmei-

Am 6. Dezember 2013 fand in der Botschaft der Republik Belarus ein Arbeitstreffen von Aktiven in den deutsch-belarussischen Städte- und Projektpartnerschaften statt

sowie der Versöhnung und Verständigung dienen. Man mag hinzufügen, daß sie darüber hinaus auch oft für Innovationen in Wirtschaft und Wissenschaft sorgen. Daß der Dialog in der großen Politik stockt, hat nach Einschätzung des belarussischen Botschafters unterschiedliche Gründe. Unter anderem seien mangelndes Vertrauen wie auch Versuche der westlichen Partner zu nennen, Belarus eine Wahl aufzuzwingen, die nicht den Interessen des Landes entspreche. Belarus verfolge das Ziel einer Integration von Integrationen – sprich Integration in der Eurasischen Wirtschaftsunion und

dann Integration von EU und Eurasischer Wirtschaftsunion als langfristiges Ziel –, unterstrich der Diplomat. Auf dem Vilnius-Gipfel am 28. und 29. November 2013, an dem Belarus als Teilnehmerland des Östlichen Partnerschaftsprogramms der EU teilgenommen hat, habe Minsk einmal mehr seine Bereitschaft zu Verhandlungen über das Rücknahmeabkommen und Visaerleichterungen erklärt. Naturgemäß sei Belarus, das als Transitland eine wichtige Rolle für die Energiesicherheit der EU spiele, an der Aufhebung von Sanktionen und der fachbezogenen Zusammenarbeit in der Wirtschaft interessiert. Die Wiedernäherung und die Wiederaufnahme des Dialogs würden auch den Städtepartnerschaften dienen und neue Impulse geben.

Dr. Mathias Roth, Länderreferent für Belarus im deutschen Auswärtigen Amt, bedauerte, daß das Potential zwischen beiden europäischen Ländern aufgrund der Situation in Belarus nicht umfänglich genutzt werden könne, doch sei sich die EU darin einig, daß es erst wieder einen umfassenden Dialog geben werde, wenn die Bürger der Republik Belarus alle demokratischen Freiheiten genießen können. Ungeachtet dessen, seien die Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und Belarus von großer Bedeutung, da sie die Kommunen zum Ideenaustausch zusammenbringen und zudem ein Rahmen seien, in dem beide Seiten viel voneinander lernen können und das gegenseitige Verständnis zwischen den Gesellschaften beider Länder befördert werde. Aus diesem Grunde würde das Auswärtige Amt das geplante Städtepartnertreffen nicht nur mit der vereinfachten und kostenfreien Visavergabe, sondern auch logistisch unterstützen. Roth verwies zudem darauf, daß das langfristige Ziel der EU sei, ein visafreies Regime mit Belarus auszuhandeln.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften Peter Franke, der das Treffen moderierte, betonte in seiner kurzen Begrüßung die Wichtigkeit regelmäßiger Treffen für den Austausch und die direkten Kontakte untereinander. Zudem sei es bei diesem Treffen

wichtig, sich über die geplante Städtepartnerschaftskonferenz auszutauschen. Er rief die Teilnehmer dazu auf, auf dem Arbeitstreffen ihre Ideen und thematischen Wünsche für die Partnerschaftskonferenz 2014 beizusteuern.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung West-Östliche Begegnungen Dr. Helmut Domke erinnerte an die auf dem Potsdamer Treffen im Jahr 2012 gemachte Kernaussage, daß die Städtepartnerschaften mit Belarus nicht der aktuellen politischen Konjunktur unterworfen seien, sondern im Gegenteil oft gegen diese gepflegt werden. Auch die offiziellen Strukturen wie die belarussische Botschaft und das Auswärtige Amt würden dies so sehen, so daß dies gute Rahmenbedingungen für die nächsten Schritte, in diesem Falle das Städtepartnerschaftstreffen, biete. Nach Einschätzung der Stiftung solle das Partnertreffen auch weiterhin nicht als Konferenz unter Einschluß einer breiten Bandbreite an NROs, Vereinen und Freundschaftsgesellschaften angelegt werden, sondern sich konzentrieren auf die Verwaltungen der Städte und Kommunen und mit ihnen zusammenarbeitende zivilgesellschaftliche Strukturen, die die Städtepartnerschaft mit Leben füllen. Hier ist anzumerken, daß dies in Deutschland ein breiteres Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure einschließt, da viele bürgerschaftliche Akteure eng mit Städten in Belarus zusammenarbeiten, auch wenn ihre Heimatstadt keine offizielle Partnerschaft mit der belarussischen Stadt hat. Während die Städtepartnerschaften auf der belarussischen Seite von den Verwaltungen und mit ihnen verbundenen, zumeist staatlichen Organisationen gestaltet werden. Domke verwies zudem darauf, daß die Jugend stärker in die Arbeit der Konferenz eingebunden werden solle, denn Städtepartnerschaften bräuchten Erfahrungen und Kritik der Jugend. Wie dies im einzelnen aussehen könne, müsse im Vorfeld der Konferenz fraglos noch diskutiert werden.

Botschaftsrat Alexej Shbanow, in der belarussischen Botschaft auch verantwortlich für die Kontakte zu Städtepartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen,

freute sich, daß der Termin für die Städtepartnerschaftskonferenz nun endlich feststehe. Zu lange Pausen, so befand er, seien grundsätzlich schädlich für die Beziehungen, leben diese doch von Menschen auf beiden Seiten, auf offizieller Ebene, den Stadtverwaltungen, wie auch den in die Partnerschaften eingebundenen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Er berichtete von der Initiative der Botschaft, den Kontakt mit den Verwaltungen der deutschen Partnerstädte aufzunehmen, vor allem zu denen, deren Kontakte in den letzten Jahren ein wenig „eingeschlafen“ sind, um für die Neubelebung beziehungsweise Intensivierung der Städtepartnerschaft zu werben. Er verwies auf die Wichtigkeit, auf offizieller Ebene politische Vorurteile abzubauen, was mit dem Auswärtigen Amt ein Stück weit geglückt sei. In den Städtepartnerschaften gehe es nicht um hohe Politik – wengleich natürlich auch Bürgermeister und Stadträte dem offiziellen Kurs der Regierung ihres Landes folgen –, sondern um konkrete Kontakte, um mögliche gemeinsa-

partnerschaftskonferenz und die Unterstützung der belarussischen Partnerstädte eingebunden sei und sich auch in die Vorbereitung der Städtepartnerschaftskonferenz einbringen werde.

Peter Franke betonte, daß sich die deutsche Seite dafür einsetze, daß, wie erstmals bei der 8. deutsch-belarussischen Städtepartnerschaftskonferenz im belarussischen Mogiljow, auch belarussische Nichtregierungsorganisationen, die in den Städtepartnerschaften aktiv mit deutschen Partnern kooperieren, an der Städtepartnerschaftskonferenz teilnehmen können.

Die Vorstellungsrunde der Teilnehmer, in der sie gebeten waren, sowohl ihre wichtigsten Arbeitsschwerpunkte als auch die wichtigsten Probleme darzustellen, legte die Vielfalt der Kontakte, Schwerpunkte und Ausgestaltungen der Arbeit von Städtepartnerschaften und Städtepartnerschaftsvereinen sowie Initiativen dar und machte deutlich, daß unterschiedliche Modelle in den Partnerschaftsbeziehungen verfolgt werden. Sei es wie in der Lu-



me Projekte, um die Intensivierung des Dialogs zwischen den Partnern auf kommunaler oder Kreisebene, also auf einer Ebene unterhalb der zwischenstaatlichen Beziehungen. Es hänge von den Partnern auf beiden Seiten ab, wie und wie intensiv die städtepartnerschaftliche Entwicklung gestaltet wird. Shbanow verwies darauf, daß auf belarussischer Seite die Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Beziehungen im Ausland in die Vorbereitungen für die Städte-

Das Treffen sollte nicht nur dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern Impulse für die weitere Vorbereitung der vom 3. bis 5. April 2014 in Frankfurt/Oder geplanten 9. Deutsch-Belarussischen Städtepartnertreffen geben

therstadt Wittenberg, das eine Städtefreundschaft mit Mogiljow hat, daß die zivilgesellschaftliche Partnerarbeit mittels eines jährlichen Protokolls über Projekte abgesprachen wird, in dessen Rahmen vielfältige Projekte, die heute

von Schüleraustausch über Tanz- und Kunstworkshops, Jugendbegegnungen, Kirchentreffen, Konzerte, Mediziner austausch, der Beförderung des Agrotourismus bis hin zu Besuchen der Bürgermeister zu den traditionellen Stadtfeesten auf beiden Seiten reichen, umgesetzt werden. Sei es wie in Nienburg, das eine Stadt- und Landkreispartnerschaft mit Stadt und Landkreis Witebsk pflegt und wo 1993 zur Pflege, Förderung

sie Dr. Dörte Siedentopf vorstellte. Der Freundeskreis gründete sich wie so viele Vereine aus Aktivitäten im Bereich der Kindererholung ab 1991, daraus entstand dann schließlich eine Städtepartnerschaft. Oder nehmen wir Frankfurt/Oder, die Gastgeberstadt der Städtepartnerschaftskonferenz 2014, die nach Auskunft des Stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/ Oder Dr. Frank Mende

sich laut Angaben von Angelika Mosch bewährt hat. Hans-Friedrich Möller, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft West-Ost in Schleswig-Holstein, betonte die Bedeutung von Freundschaftsgesellschaften wie auch anderen Partnerschaften außerhalb der Städtepartnerschaften, so sei die Partnerschaft Schenefeld-Luninez von der Freundschaftsgesellschaft initiiert worden, der ASB Oldesloe pflege eine Partnerschaft mit dem ASB Minsk.

Nachdem Sabrina Bobowski, Mitarbeiterin der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB), das Förderprogramm Belarus und hier beispielhaft das neue Projekt „Sozialer Auftrag – innovativer Reformprozeß“, das das 2012 beschlossene und 2013 in Kraft getretene Gesetz des Sozialministerium der Republik Belarus über den „Sozialen Auftrag“ begleiten wird, vorgestellt hatte, wurde die Diskussionsrunde zum Stand der Vorbereitung des Partnertreffens in Frankfurt/Oder und die Erwartungen, auch Themenwünsche der Teilnehmer eröffnet.

Mario Quast, Referent für internationale Beziehungen in der Stadtverwaltung der Gastgeberstadt und zuständig für die Vorbereitung der Städtepartnerschaftskonferenz, betonte einleitend, daß man nach den Verschiebungen der Konferenz der letzten Jahre nicht zurückschauen wolle, sondern sich mit den Partnern Stiftung West-Östliche Begegnungen, belarussische Botschaft, Europa-Universität Viadrina und BDWO auf einem guten Weg sehe. Die Finanzierung durch die Stadt müsse allerdings noch von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Neben der Stadt trägt die Stiftung West-Östliche Begegnungen zur Finanzierung der Konferenz bei, zudem sollen noch weitere Sponsoren gewonnen werden. Denn eine Tagungsgebühr wolle man vermeiden, sollte es nicht anders gehen, werde sie möglichst niedrig angesetzt. Quast ging kurz auf das geplante Programm der Konferenz ein, das sich in Plenums- und Arbeitsgruppenphasen gliedern werde. Nach einem Berlin-Tag mit Besuch des Deutschen Bundestages, des Instituts für Urbanistik und einem

Empfang in der belarussischen Botschaft am 2. April für die belarussischen und bereits angereisten deutschen Teilnehmer, sind der 3. und 4. April 2014 die Tage der in der Europa-Universität Viadrina stattfindenden Konferenz. Geplant sind bisher fünf Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen „Wirtschaft und Technologie“, „Städtepartnerschaften und kultureller Austausch“, „Partnerschaften kleiner Städte und neue Städtepartnerschaften“, „Sozialer Zusammenhalt/Inklusion – gemeinsame Herausforderung und Lernfeld für Städtepartner“ und „Jugend und Schüler für Städtepartnerschaften (Uni, Euroregion)“. Angeregt wurde, bis Mitte Januar 2014, vor der schlußendlichen Festlegung des Programms, weitere Vorschläge bei der Stadt Frankfurt einzureichen. Aufgebracht wurde die Frage, wie das wichtige Jubiläum des 70. Jahrestages der Befreiung in die Konferenz einfließen kann. Gefragt wurde, ob das Thema der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Technologie“ nicht zu allgemein sei, und ob man konkreter anhand von Good Practice-Beispielen beispielsweise das Thema Energieeffizienz aufgreifen solle. Angeregt wurde zudem, sich stärker mit der Frage der Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten in der Städtepartnerschaftsarbeit zu befassen. Alle waren sich einig, daß die Hinwendung zur Jugend ein wichtiger Schwerpunkt sein müsse, die Jugend aber in die Konferenz integriert werden soll, statt einer eigenständigen Jugendkonferenz das Wort zu reden. Zum Abschluß des Treffens wurde festgehalten, daß noch weitere Themen in die Konferenz einfließen können, aber daß es in jedem Falle wichtig sei, daß die Städtepartnertreffen vor allem ein Arbeitstreffen wird – und diesbezüglich wünscht man im April 2014 ein gutes Gelingen.

*Britta Wollenweber, Berlin*



und Fortsetzung der seit 1991 existierenden Partnerschaft der Verein Stadt- und Landkreispartnerschaft Nienburg-Witebsk (NiWit) e. V. gegründet wurde. Die Doppelung aus Stadt und Landkreis, so die Vertreter aus Nienburg, zahle sich aus, was auch als Thema der Konferenz von Interesse sein könne, da Stadt-Stadt-Partnerschaften anders als Landkreis-Landkreis-Partnerschaften in der Regel gut funktionieren, so die Anregung von Eckhard Hellmich, Sprecher des Vereins. Dies ist auch eine Idee, die Heike Sabel, Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam für die Zukunft“, aus Pirna verfolgt. Der Partner in Belarus ist die Gemeinde Bragin, und auch wenn die Städte nicht durch eine offizielle Städtepartnerschaft verbunden sind, erfüllt der Verein doch viele Funktionen und Aufgaben, die auch in offiziellen Partnerschaften zu finden sind. Auch hier gibt es Überlegungen über die Effektivierung der Partnerschaft durch eine Dopplung auf Basis einer deutsch-belarussischen Stadt-Landkreis-Beziehung. Wieder ein anderes Beispiel bietet die Partnerschaft Dietzenbach-Kostjukowitschi, wie

Beim Erfahrungsaustausch wurde die Vielfalt der Kontakte, Schwerpunkte und Ausgestaltungen der Arbeit von Städtepartnerschaften und Städtepartnerschaftsvereinen sowie Initiativen deutlich

die Partnerschaft Region Witebsk/Bezirk Frankfurt von der DDR „geerbt“ hat. Aus seiner Sicht seien auch engere Kontakte und Partnerschaftsbeziehungen zwischen den Versammlungen wünschenswert. Klaus Baldauf, lange Jahre zuständig für die internationale Beziehungen der Stadt Frankfurt/Oder, verwies auf gute Erfahrungswerte bei der Bündelung von Aktivitäten in Partnerschaftsdreiecken, etwa bei deutsch-belarussisch-polnischen Aktivitäten oder in der Zusammenarbeit Frankfurt/Nienburg/Witebsk. Er betonte ebenfalls die Wichtigkeit der Teilnahme von Jugendlichen an der Partnerschaftsarbeit und der Konferenz sowie einer Jugendkonferenz als ein perspektivisches Element von Städtepartnertreffen. In der Städtepartnerschaft Altena-Pinsk wurde ebenfalls ein Förderverein gegründet, und der Bürgermeister ist Mitglied des Vorstandes, eine Konstruktion, die

BDWO, Friedrichstr. 176-179,  
 Zimmer 618, 10117 Berlin  
 Tel.: 030/20455120, Fax: 030/20455118  
 e-mail: info@bdwo.de  
 www.bdwo.de  
 www.facebook.com/bdwo.de

Russomobil  
 www.russomobil.de  
 www.facebook.com/russomobil